

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

37 (13.2.1919)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Postkassen monatlich 1.20 M., 1/4jährlich 3.80 M., halbjährlich 7.00 M., jährlich 13.00 M.; durch die Post 1.34 M. bzw. 4.02 M.; durch die Feldpost 1.55 M. bzw. 3.90 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags: Geschäftszeit: 1/28-1/41 u. 2-1/28 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonnenzeile od. deren Raum 25 A., ausdgl. 30 % Zehnerausgabe. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle: 149 vorm., für g. H. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

### Sozialdemokratie und Religion.

Eine neue Wahrheit über ein altes Thema von Stadtrat Dr. Diez-Karlsruhe.

II.

Trotzdem die evangelische und katholische Geistlichkeit des Landes in den 3 Jahrzehnten seit Aufstellung des Erfurter Programms, soweit sie überhaupt politisch Partei nahm und sich betätigte, der Sozialdemokratie, von vorübergehenden „wahlfaktischen“ Bündnissen abgesehen, stets feindlich gegenüber getreten ist und ihre ganze kirchliche und religiöse Autorität ins Jagdrevier des Thrones und des kapitalistischen Brakettentums einbrachte, und trotzdem auch die „sozialen“ Geistlichen nie über ein äußerlich wohlwollendes Wohlgefühl für die „Armen und Elenden“ und über eine demütigende „Böberung“ der Forderungen des Proletariats zur Segnung des kulturellen und materiellen Niveaus der Arbeiterklasse hinausgekommen sind, und trotzdem hiernach in der Kirche und der Religion, wie sie sich hier als Staatskirche und Staatsreligion geben und von der im Staat herrschenden Klasse zu Ansehensdiensten gegen die unterdrückten Massen mißbraucht werden, die Sozialdemokratie seit 28 Jahren, so seit 70 Jahren, seit dem kommunistischen Manifest, die gefährlichste Feindin des Emanzipationskampfes des vierten Standes leben mußte, haben doch niemals in der Sozialdemokratie die Stimmen geklungen, welche immer und immer wieder betonten, daß eben so wie die Sozialdemokratie an sich jede kirchliche und religiöse Feindschaft ablehne, so auch auf die Dauer die Kirche der Sozialdemokratie nicht feindlich gegenüberstehen könne und dürfe, wenn sie irgendwie ihres ursprünglichen Charakters als Volkskirche und als Vorkämpferin der Unterdrückten und Bekleideten im antiken und im mittelalterlichen Staat sich weiter bewußt werde.

Es war nicht nur Ferdinand Lassalle, der in seiner letzten großen Agitationsrede vor seinem Tode, der Rede vom 22. Mai 1864, „den Vätern der Kirche“, den Bischöfen von Mainz, Breisern von Kellerei, „den Mann, der an ihm nicht für einen Seihen gilt“, als Schwurperson für sich und seine Sache in Anspruch nahm, obwohl er selber, wie er bekanntlich, nicht zu der Kommen gehörte“ (Koselle, Gesamtausgabe Band 2 Seite 860-864); es war auch der Gang in der materialistischen Auffassung der Väter und Vorfahren, unter dem Eindruck der dominierenden Entwicklungslehre und der Kulturambiguitätslehre der letzten Jahre als Autobiograph groß gewordene August Baezel, welcher in seiner polemischen Broschüre gegen Rablan Sohori vom Jahre 1874, „Christentum und Sozialismus“, die in dem völkerverwundenen Satz auspricht: „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser“, nicht verkannte, daß dasjenige Christentum, welches er hier bekämpfte, mit dem Urchristentum, und diejenige Kirche, die er hier bekämpfte, mit einer christlichen Volkskirche nur noch den Namen gemeinsam hatte, und daß umgekehrt Sozialdemokratie und Christentum und Volkskirche aus gemeinsamen Wurzeln ihre Nahrung zogen und einem idealistischen Ideale zustrebten; es war weiter im Jahre 1891 das Erfurter Programm, welches mit seinem Programmsatz: „Die Befreiung der Religion zur Weltbürgerlichkeit“ — als Voraussetzung zu dem bis in die Gegenwart hinein die kirchliche Leben beherrschenden, auf den Augsburger Religionsfrieden vom Jahre 1555 zurückzuführenden Grundsatz: „Religion ist Staatsreligion“ — den freien Beschluß für die Rückkehr der Kirche aus den Fesseln des Staates zu der Freiheit der Volkskirche und für die Mitarbeit der kirchlich interessierten Sozialdemokraten an einer derartigen, vom Staatsrang und dem landesherrlichen Summepotential befreiten, nicht mehr zur Verherrlichung und Verherrlichung von Thron und kapitalistischem Privatvermögen verurteilten Volkskirche.

Demgegenüber hat auch Karl Kautsky, der am meisten intellektualistische Vertreter des Grundbundes von der bölligen Trennung von Kirche und Staat, schon im Jahre 1902 in seiner Broschüre „Sozialdemokratie und katholische Kirche“ (Seite 8) bei Erörterung des durch die historische Entwicklung und die staatliche Praxistaufstellung geschaffenen Gegenstandes zwischen Kirche — und Religion — und Sozialdemokratie hervor: „Dieser Gegensatz heißt keineswegs, daß es unmöglich sei, gleichzeitig gläubiger Christ und Sozialdemokrat zu sein“, und demgemäß ließ z. B. schon am 28. April 1912 der sozialdemokratische „freie Abendausblick“ in Karlsruhe bei der Schulentrustung durch den Mund seines Sprechers öffentlich erklären (vergl. den Wortlaut der Rede im „Volkshfreund“) gegenüber dem Vorwurf, daß die freie Superdignation darauf hinausgehe, die ihr Beitretenden jungen Leute der Kirche und der Religion zu entfremden und sie zu Religionshassern und Gottesläugnern zu erziehen: „Das Gegenteil davon ist wahr. Wir brauchen allerdings nicht die jungen Leute, die zu uns kommen, was sie für eine Religion, oder Konfession, oder ob sie gar keiner angehören. Denn wir wissen, daß das Leben mit einer Not an alle Menschen gleichmäßig herankommt, und daß namentlich die Angehörigen des proletarischen Proletariats der Unterstützung und Erhaltung lebensfähig bedürfen, ohne Unterschied, ob einer dieser oder jener Religion angehört. Wer wir halten es für

durchaus vertretlich, etwa in antireligiösen oder antikirchlichem Sinn auf die jungen Leute, die zu uns kommen, einzuwirken. Wir müssen die Frage, wie der heranwachsende Mensch sich zu den religiösen Fragen stellt, ob er auf diesem Gebiet sich mit dem begnügen will, was Schule und Kirche ihm bisher geboten haben und noch bieten, oder ob er auf diesem Gebiete sich noch weiter orientieren und weiter sich ausbilden will, durchaus den in erster Reihe dazu berufenen jeweiligen Organisationen überlassen. Da ist auf der einen Seite die Kirche selbst mit ihrer großen, Jahrhunderte alten Macht, die genug Einfluß, Mittel und Wege hat, um sich auch in Zukunft, nachdem der junge Mann oder das Mädchen aus der Schule entlassen ist, den Zusammenhang mit ihnen zu sichern. Da sind auf der anderen Seite unfruchtliche, „fremdenartige“, auch antikirchliche Organisationen aller Art, die glauben, durch ihre Lehren und Aufführungen der Entwicklung der Menschheit in anderem Sinne zu dienen. So wie wir jetzt der Meinung sind, daß in dem großen weltanschaulichen Kampfe des Sozialismus Christ und Jude, Leib und Arbeit in gemeinsamer Arbeit Schulter an Schulter zusammenstehen müssen, und es vertrauensvoll der Zukunft überlassen dürfen, ob Religion und Kirche in ihrer heutigen Form oder ob in welcher Form oder Umgestaltung einstens dem weltanschaulichen Bedürfnis des künftigen Menschheitsfortschritts dienen werden, so halten wir auch unsere Jugendorganisationen vertrauensvoll jedem offen, der mit gutem Willen und ehrlicher Gesinnung zu uns kommt, und wir würden es niemals hindern, daß der religiös und kirchlich Gesinnte durch Neugier oder Spott in keinen heillosen Gefühlen getränkt würde.“ (Fortsetzung folgt.)

### Der Reichspräsident. Freigeberts Werdegang.

Am 4. Februar ist Herr Ebert in Heidelberg als Sohn eines Schreinermeisters geboren worden. Bis 1885 besuchte die Volksschule, erlernte dann das Schneiderhandwerk und wanderte als Wandweber durch Deutschland. Aber die neue Vera Weltanschauung, der Fall des Sozialismus und Bismarcks Entlassung zog ihn immer stärker in die Politik. Er kam nach Bremen, wo er 1890 in die Bürgervereine geworben wurde und bis 1895 blieb. Er wurde in Bremen im Jahre 1892 Abgeordneter der „Bremener Bürgerzeitung“ und übernahm nach seinem Auscheiden aus diesem Blatte das Bremer Arbeiterblatt. Im Jahre 1905 wurde er zum Mitglied des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei ernannt und im Jahre 1912, nachdem er bei den Wahlen von 1912 auch ein Reichstagsmandat erhalten hatte, neben Haase zum Vorsitzenden der Partei an Eberts Stelle. Als solcher trat er während des Krieges immer stärker hervor. Schon bei der Bildung des Kabinetts Prinz Max wünschten viele seine Teilnahme an der Regierung. Das unterließ er. Als aber am 9. November 1918 Prinz Max zurücktrat, übertrug er Ebert die Reichspräsidentenwürde, die dann nur in dem Rat der Volksbeauftragten, dem geschäftigen Reichskanzler wieder ausging. Nun ist er zum Reichspräsidenten gewählt — an Stelle Wilhelm II. ist jetzt der ehemalige Kaiserliche der erste Reichspräsident des durch die Revolution neu geschaffenen Deutschlands.

Daß die junge Republik einen Mann aus dem Arbeiterstande, einen Sozialdemokraten zu ihrem Staatsoberhaupt erwählt, ist ein Vorgang von unvorstellbarer Bedeutung. Mit einer solchen Deutlichkeit wird durch ihn gezeigt, daß ein neuer Abschnitt in der Geschichte des deutschen Volkes begonnen hat. Wir dürfen hinzufügen, daß sich die deutsche Republik in Ebert ein würdevolles Oberhaupt erwählt. Ebert hat nichts, aber auch gar nichts gemein mit dem revolutionären Exportmüllergesetz der reaktionären Legende; er ist wirklich alles andere als ein demagogischer Vorkämpfer, der von der Kunst einer volklich ungebildeten, leicht betörten Masse emporgelobten wird. Die ganze Solidarität, Würdevollheit, aber auch Festigkeit und Zielstrebigkeit der deutschen Arbeiterbewegung spiegelt sich in seinem Wesen wieder, das nicht durch äußeren Glanz leuchtet, aber durch Tüchtigkeit, Rechtschaffenheit und in seiner Lebenslage vergebenden realistischen Verstand Vertrauen erweckt.

Ebert ist die ne Ausnahmeseinerzeitung er ist nur der vollendete Typ des deutschen sozialistischen, in gewerkschaftlicher und politischer Arbeit aufgewachsenen Arbeiterpolitikers. In seiner Person tritt die moderne deutsche Arbeiterbewegung, die deutsche Sozialdemokratie selbst an die Spitze der Republik.

### Pressestimmen.

Berlin, 12. Febr. Die höchste Würde, die das deutsche Volk zu vergeben hat, ist, wie die „Berliner Morgenpost“ schreibt, mit der Wahl Eberts zum Präsidenten des Reichs auf einen Mann übergegangen, der sich aus den einfachsten Verhältnissen zu dieser Höhe emporgearbeitet hat.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ sagt: Mit der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten erlebte die Sozialdemokratie den höchsten Triumph, der ihr bisher in Deutschland beschieden war. Wir wollen nicht verkennen, daß die Sozialdemokratie kaum in der Lage war, aus ihren Reihen einen geeigneteren Bewerber für die Würde zu stellen. Wir glauben auch, daß Herr Ebert das Amt wirklich ausfüllen wird.

In der „Vossischen Zeitung“ heißt es: Zum ersten Male ging gestern wirkliche Festlichkeit von der Nationalversammlung aus. Die Verkündigung der Wahl Eberts erhielt eine besondere Weise durch die Begrüßungsansprache Davids. In den wenigen Tagen seiner Präsidentschaft hat dieser bereits bewiesen, daß er Tat, Ton und Farbe des geborenen Präsidenten besitzt. Er bereitete der Antwort des neuen Präsidenten den Boden vor, dessen die alsbald beabsichtigte und doch leuchtende Ansprache in ihrer Schlichtheit einen tiefen Eindruck hervorrief.

Der „Vorwärts“ erinnert daran, daß sich bei Eberts Tod als die Stelle des Parteivorsitzenden vacant wurde, die Ebert der Partei geschenkt auf Ebert lenkte. Für die Zusammenhaltung der Partei habe Ebert mit eigener Energie und nie verlassener Aufopferung gewirkt. Es sei ein großer Schmerz für ihn gewesen, daß er die Völkervereinigung der Unabhängigen nicht habe verhindern können. Wenn trotz der Spaltung die Partei heute größer und stärker dastünde als vor dem Kriege, so sei das nicht zum geringen Teil ein Werk Eberts.

### Der Völkerverbund.

W. Bern, 12. Febr. Schweiz. Dep. Ma. Der Bundesrat hat gestern der Bundesversammlung einen Bericht über die bis jetztigen Vorbereitungen über die Probleme des Völkerverbundes zur Verfügung gestellt. Die Probleme des Völkerverbundes sind im Memorandum über die Neutralität der Schweiz und der bei der Bundesrätlichen Sonderkommission ausgesandte Vorentwurf beider Organisationen des Völkerverbundes. Der Bundesrat hat diese beiden Dokumente an die in Paris vertretenen Konferenzmächte, sowie an alle Staaten, mit denen die Schweiz in diplomatischen Beziehungen steht, befähigt. Er erklärt, daß er mit Freude eine neue, auf dem Rat und die Selbstbestimmung der Völker begründete internationale Gemeinschaft beglückwünscht, die künftige Kriege verhindern sollte. Geworben ist, daß hinfort alle Streitigkeiten zwischen den Staaten durch ein friedliches Verfahren (Ständige Vermittlung oder Vergleich) beigelegt werden sollen und daß Krieg unter den Mitgliedern des Völkerverbundes ausgeschlossen sein sollte.

W. Bern, 12. Febr. Schweiz. Dep. Ma. Die Kommission, die auf Grund des Beschlusses der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern sich nach Russland begeben soll, um die dortigen Verhältnisse zu prüfen, wird sich, Änderungen vorbehalten, aus folgenden Mitgliedern zusammensetzen: Friedrich Adler (Österreich) oder Minister Bauer (Österreich), Kautsky oder Silberdingier, Redakteur vom „Vorwärts“ (Frankfurt), Longuet und Jules Faure (Frankreich), MacDonald (England), Burton (England) als stellvertretender Beirat, Guchinaev (Ungarn), Thoma (Argentinien), je ein Vertreter aus Finnland und Italien, die später bestimmt werden können. Der Zeitpunkt der Abreise ist noch festzusetzen.

### Interpellation über die Tätigkeit Erzbergers in der Waffenstillstandskommission.

W. Bern, 12. Febr. Interpellation Heitzge und Gen.: Nach unüberprüfbarer Meldung hat die deutsche Waffenstillstandskommission mehrere, für das deutsche Wirtschaftsleben entscheidende Fragen ohne rechtliche Befragung und ohne ausdrückliche Mitwirkung der zur Verfügung stehenden Sachverständigen und Abmachungen von größter Tragweite und verhängnisvoller Einwirkungen auf das deutsche Wirtschaftsleben getroffen, insbesondere bei der Auslieferung der deutschen Handelsflotte und bei den Verhandlungen über die Kohlen- und Erzfragen. Ist die Reichsleitung bereit, der verfassungsgemäßen deutschen Nationalversammlung unverzüglich eine Denkschrift über die bisher seitens der Waffenstillstandskommission erfolgten Verhandlungen und Abmachungen vorzulegen und inwiefern Auskünfte zu erteilen, ob sie die Verantwortung für die bisher getroffenen Abmachungen übernehmen will und ob Vorkehrungen getroffen sind, daß in Zukunft weitere Zugeständnisse in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen nicht ohne Hinzuziehung von Sachverständigen gemacht werden? Ist die Reichsleitung ferner bereit, die Waffenstillstandskommission dem Auswärtigen Amt zu unterstellen?

### Der Fall Straßund.

Berlin, 9. Febr. Die Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen völkerverwundlicher Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland verhandelt am 31. Januar unter dem Vorsitz des Professors des Völkerrechts Dr. Schücking zum erstenmale in öffentlicher Sitzung. Gegenstand der Verhandlung war der Fall Straßund. Die eingehende Behandlung ergab folgendes:

Der amerikanische Leutnant Conbeeny und der englische Leutnant Culver vom Offiziergefangenenlager Straßund sind am 5. November 1918 mit mehreren Kameraden trotz wiederholter Verbote abends die Umzäunung des Lagers und begaben sich bis in die Nähe der von der Insel Eitel nach der Stadt Straßund führenden Fähre. Hier trat ihnen der Posten entgegen und forderte sie wiederholt zum Zurückgehen auf. Da die Engländer die Befehle des Postens nicht beachteten, vielmehr eine drohende Haltung gegen ihn einnahmen, machte dieser sein Gewehr fertig und rief ihnen erneut zu, zurückzugehen, widrigenfalls er schießen werde. Als darauf von den Engländern ein Stein gegen ihn geworfen wurde, gab er drei Schüsse ab, wodurch Conbeeny getötet und Culver verwundet wurde. Das gleiche hatte bereits das Kriegsgericht in einem mit denkbar größter Beschleunigung und Gründlichkeit durgeführten Strafverfahren gegen den betreffenden Posten festgestellt und dementsprechend den Posten am 20. Dezember 1918 von der Anklage des Todschlags freigesprochen. Auch die Kommission konnte bei der letzten Sachlage nur eine Völkerverwundlung verneinen, da der Waffengebrauch gegen die widerrechtlichen Offiziere durchaus berechtigt war und den völkerverrechtlichen Bestimmungen entspricht.

### Nadel verhaftet.

Berlin, 12. Febr. Der russische Volkshewitführer Nadel ist von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden.



Arbeiterkraft hinaus den äußersten Unwillen erregen würde. Die tatsächliche Macht der Arbeiterklasse ist schließlich viel zu groß, als daß sie bei einer Regierungsänderung einfach ausgeblendet werden könnte. Eine Partei, die nahezu 40 Prozent aller Stimmen erhalten hat und über 168 Mandate verfügt, kann nicht von einer Koalition kleiner Gruppen an die Wand gedrückt werden. Sollte es versucht werden, so würden die Folgen unabsehbar sein.

Das Leben der besonnenen Elemente unter den Bürgerlichen auch vollkommen ein. Es bleibt als einzige Möglichkeit einer Mehrheitsbildung die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit einer oder mehreren von den bürgerlichen Gruppen. Ein Bündnis mit den Demokraten erscheint als das nächstliegende. Doch wenn die Sozialdemokratie mit ihnen auch in zahlreichen politischen und kulturellen Fragen zusammenarbeiten kann, so ist doch andererseits die Frage, ob in sozialen Dingen ein christlicher Arbeitersekretär der Zentrumspartei nicht viel näher steht als in sozialistischer Partei. Deshalb ist es durchaus töricht, wenn die „Freiheit“ ein Verhandeln mit den Demokraten zur Not billigt, die Fühlungnahme mit dem Zentrum aber als ein Verbrechen ansieht. So lange ein Zusammenarbeiten mit den Bürgerlichen notwendig ist, muß die Partei sich beide Wege offen halten.

### Baden.

#### Der künftige badische Landtag und die Wahlen.

Der Verfassungsausschuß der Bad. Nationalversammlung befaßte sich gestern vormittag zunächst nochmals mit der Frage der Dauer der Wahl- und Haushaltsperiode. Es wurde beschlossen, das Verhältniswahlrecht beizubehalten. Gegenüber wurde die Bestimmung des Entwurfs, welche die gebundenen Listen beibehalten will, nicht übernommen. An den gebundenen Listen wurde erhebliche Kritik geübt und es wurde betont, daß die einschlägige Regelung nicht in die Verfassung, sondern in das Wahlgesetz gehöre. Die Einteilung des Landes in die vier Wahlkreise der Landeskommissionariate soll bestehen bleiben. Jede Partei soll entsprechend dem mit großer Mehrheit angenommenen Regierungsentwurf auf je 10 000 der für ihren Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen und für einen Rest von mehr als 5000 Stimmen je einen Abgeordneten erhalten.

Die Landtagsperiode soll künftig eine vierjährige sein, um dem Volk die zu häufige Wiederholung des Wahlkampfes zu ersparen. Der Regierungsentwurf hatte eine dreijährige Landtagsperiode vorgezogen. Der Beschluß einer vierjährigen Landtagsperiode wurde mit 14 gegen 7 sozialdemokratische Stimmen gefaßt. Der Landtag soll alljährlich zusammenzutreten. Auch die Haushaltsperiode soll in der Regel eine einjährige sein, doch wurde auf demokratischen Antrag mit den Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten beschlossen, daß es zulässig sein soll, das Finanzgesetz auch für zwei Jahre vorzulegen. Die Anträge des Zentrums, an der zweijährigen Budgetperiode festzuhalten oder sie wenigstens als die Regel zu bezeichnen, wurde mit 12 Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten gegen 9 des Zentrums und der Deutschnationalen abgelehnt. — Die folgenden Paragraphen des Verfassungsentwurfs bis zum § 54, welche die Zuständigkeit der Volksvertretung feststellen, wurden ohne erhebliche Änderungen angenommen.

#### Beamtenchaft und Sozialdemokratie.

In Nr. 41 des „Karlsruher Tagblatts“ wird unter Anführung einer Notiz im „Kassauer Boten“ vom 18. Januar d. J. berichtet, die Beamten gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen. Jene Notiz lautet:

„Beamte erhebt Protest!“  
Auf einer Beamtenversammlung, welche am Sonntag, den 12. Januar in Köln stattfand, machte Rechnungsrat We. folgende aufsehenerregende Mitteilung:  
Gelegentlich einer Aussprache im Ministerium in Berlin teilte ein Beauftragter des Vollzugsrates namens Strobel (nicht Strobel) den dort erschienenen Beamten mit, daß man der gewerkschaftlichen Zusammenfassung des Beamtenums mit großem Mißtrauen gegenüberstehe. Die unteren Beamten sollen sich lieber den Arbeitergewerkschaften und die anderen (mittleren und oberen) den Organisationen der Bürobeamten anschließen. Auf den Einwand der Beamtenvertreter, daß der Unterschied der Interessen zwischen den genannten Gruppen und den Beamten zu groß sei, erwiderte Strobel, die Rechte der Beamten auf Ruhegehalt, Hinterbliebenenfürsorge usw. würden bald der Vergangenheit angehören! Dieser Vernehmung wohnten die Volksbeauftragten Strobel und Hirsch bei, ferner von beiden erhob gegen die Erwidern Strobel's Einspruch!

Bei er ist eines der wertvollsten Rechte in Gefahr, die Unwiderrücklichkeit der Anstellung.“  
Der betr. „Einjender“ dieser Notiz an das „Karlsruher Tagblatt“ richtet nun an die sozialistischen Beamten die Anfrage, wie sie sich zu dieser Erklärung stellen und „ob sie trotzdem ihre Wähler selber wählen wollen“.

Hierzu sei bemerkt: „Nur die Kurzsichtigkeit eines Beamten, der vom Wesen des Sozialismus keine Ahnung hat, kann aus dieser Notiz ein allgemeines Uebelwollen der Sozialdemokratie gegen die Beamtenchaft konstatieren. Wenn in Berlin ein Beauftragter des Vollzugsrats den Beamten „gute Ratichläge“ erteilt und ihnen vorräubelt, wie sie sich zu organisieren haben, so beweist das nur, wie wenig energisch die betr. Vertretung der Beamtenchaft sich hier wieder gezeigt hat. Nach unserer Ansicht handelt es sich hier nur um die persönlichen Anklagen eines Einzelnen, der, nebenbei bemerkt, auch in unserer Partei herzlich unbekannt ist.“

Die Proklamation der Beamten gegen die „böse“ Sozialdemokratie, die den Beamten die Rechte auf Ruhegehalt, Hinterbliebenenfürsorge und Unwiderrücklichkeit nehmen will, sind auch z. B. in Baden eine beliebte Agitationsmethode gegen die Sozialdemokratie. Die sozialistischen Beamten Baden können mit dem besten Gewissen erklären, daß sie bis heute innerhalb der Sozialdemokratie nichts von einem derartigen Bestreben gemerkt haben. Es muß also so sein, daß dieses Streben von der Beamtenchaft selbst ausgeht. Dies ist tatsächlich der Fall. Wir können dem Einjender berichten, daß eine große Anzahl (nicht nur sozialistischer) Beamten auf dem Standpunkte steht, daß der Beamtenchaft auf die Dauer nur dadurch geholfen werden kann, wenn sie sich freiwillig ihrer Ausnahmestellung begibt und dafür die Rechte beansprucht, die bisher den Beamten nicht zustanden, wie das Recht auf Bezahlung nach den Bestimmungen (Ablösung der Rententheorie), das Recht auf Nebenbeschäftigung, das volle Koeffizientenrecht usw.

Eines ist auf jeden Fall unverständlich: Auf der einen Seite erheben die Beamten schon seit Jahrzehnten Klagen über die Verjährtheit ihres Beamtenstatus, das sie gegenüber anderen Berufsstände ständig benachteiligt: auf

der andern Seite heißt es: „Beamte erhebt Protest“, sobald auch nur an dem System gerüttelt werden soll. Es wird hier Aufgabe der sozialistischen Beamten sein müssen, diesem Wirrwarr ein Ende zu machen. Die Regierungen müssen nun endlich mal erfahren, was die Beamtenchaft eigentlich will. Bis heute ist trotz Zehnerauschluß der Beamten kein klares Bild geschaffen.

#### Zu der angekündigten einmaligen Teuerungszulage für die Staatsarbeiter und Beamten.

wird uns aus Eisenbahnerkreisen geschrieben: Nach dem Beschluß der vorläufigen Volksregierung soll die Zulage entsprechend dem bisherigen Einkommen (einschließlich der laufenden Teuerungszulagen) abgestuft werden. Die Regierung geht offenbar von dem Grundgedanken aus, daß zunächst den am schlechtestgestellten Arbeitern und unteren Beamten geholfen werden muß. Gegen diesen Grundgedanken wird wohl nichts einzuwenden sein. Nur dürfte die Erwartung ausgesprochen werden, daß bei Bemessung des Dienstverdienstes nicht zu engberzig verfahren wird. Nur ein Beispiel sei angeführt: Die Arbeiter, die im Interesse der Allgemeinheit sich damit abgefunden haben, Ueberzeit- und Sonntagsarbeit zu leisten, müßten es als eine Strafe ansehen, wenn sie dafür statt 500 Mark nur 400 Mark Teuerungszulage erhalten würden. Ähnlich wäre die Sache bei den kinderreichen Familien gelagert, wenn die laufende Kinderzulage voll zur Anrechnung kommen würde. Auf diese Momente möchten wir die Nationalversammlung, die sich hoffentlich bald mit der Angelegenheit befaßt, aufmerksam machen.

#### Eine Kreisversammlung von Soldatenräten.

s. Konstantz, 5. Febr. Am 29. Januar fand in der alten Kaserne in Konstantz die erste Kreisversammlung der nunmehr getrennt von den Volkstruppen arbeitenden Soldatenräte des Kreises Konstantz statt, die von etwa 20 Delegierten aus dem Wahlkreis besucht war. Nach Genehmigung der Tagesordnung und Begrüßung wurde in eine ausgiebige Besprechung der Tätigkeit der Kreisrats- und Soldatenratsräte an Hand der vom Landesauschluß ausgegebenen Richtlinien eingetreten. Auffällende Worte in der Organisationsfrage gab der vom Landesauschluß der Soldatenräte in Durlach angewandte Kamerad Werner, der ausführt, daß die Initiative der Soldaten nun ausschließlich an die neue Regierung übergeben, daß die Soldaten sich jedoch befehlen lassen, solange das Meer als solches bestehen werde. Die vom Landesauschluß ausgegebenen Richtlinien seien nur Richtlinien, aber kein Dogma. Die für das badische Volk ausgegebenen, in Berlin ausgearbeiteten Richtlinien seien vom Landesauschluß sofort angefordert worden und müßten die in Baden gültigen Richtlinien als das Mindestmaß betrachtet werden, was für das badische Volk verlangt werden müsse. Gehhardt (Stühlingen) bemängelte, daß der Landesauschluß, der doch das Ministerium für militärische Angelegenheiten übernommen habe, seit dem Rücktritt Brümmer's und Dr. Hummel's auch nicht einen einzigen Eintrag habe erlassen, sowie daß der L.A. nicht die in der letzten Landesversammlung beschlossenen Änderungen der Richtlinien dem Generalkommando durchgesetzt habe.

Als Punkt 3 der Tagesordnung erfolgte vom dem Mitglied des Landesauschlusses Hammer ein Referat über: Die politische Lage. Die Notwendigkeit der Auflösung der Soldaten in politischer Hinsicht betont, erklärt der Redner, daß die Soldaten eine Revolutionspartei seien. Die sich jedoch keineswegs auf ein Programm der politischen Parteien beschränkt habe. Dagegen habe sie das gleiche Bestreben wie die bestehenden politischen Parteien, insbesondere der sozialdemokratischen Partei. Dies sei die wichtigste Aufgabe der Soldaten. Letztere seien die direkten Erben und Schwärmer der Revolution und haben die jungen Kameraden zu führen. Sie haben das gesamte Volk der politischen Staatsformen dienbar zu machen, damit nicht Stütz für Stütz und wieder angenommen wird. Was früher unpolitisch genannt wurde, darf heute nicht mehr sein. Das Volk war früher überhaupt nicht unpolitisch, sondern höchst reaktionär. Die Revolution ist nicht aus der Idee geboren, sondern ist der aus dem Zusammenbruch, deshalb haben wir auch keine politischen Parteien vor uns. Bei Ausbruch der Revolution haben wir nicht recht genug und nicht energisch genug zugegriffen. Wir wollen und sollen die Verantwortlichkeiten haben, zuzugeben, daß wir den Krieg verloren haben und nicht energisch genug zugegriffen. Wir wollen nicht die Proletarisierung des Vaterlandes, sondern die Sozialisierung des Vaterlandes durch Schaffung möglichst vieler Räteregierungen aus dem Volk hervorgehen. Die passive Resistenz ist die größte Gefahr, der wir heute gegenüberstehen. An den leitenden politischen Kreisen sind leider schon zu viele spießbürgerliche Leute. Wir leben in einer moralischen Krise, das liegt in der Trostlosigkeit unserer politischen Verhältnisse. Der Ernst der Arbeitslosenfrage können wir uns nicht bringend genug vorstellen. Die Revolution darf in keine Lohnbewegung ausarten. Die Kohlenfrage ist die deutsche Wirtschaftskrise. Ein Zusammenbruch des Wirtschaftslebens ist ein Zusammenbruch der Revolution. Wenn wir nicht in aller Eile wieder zu dem arbeitsfreudigen Volk werden, als das wir bekannt waren, gehen wir der unumkehrlichen Katastrophe entgegen.

Nach Erledigung mehrerer eingegangener Anträge, sowie eines Protestes gegen die Berliner Richtlinien, wurde insbesondere ein Antrag Stühlingen's einstimmig angenommen, der befragt, daß der L.A. erachtet werde, dahin zu wirken, daß die Verwaltung einschließlich der Bildung des neuen badischen Volksheeres ausschließlich von Offizieren besetzt wird, die auch schon vor dem Umsturz nachweislich auf dem Boden der heutigen Staatsregierung gekämpft haben. Die Verwirklichung dieser durch das bestehende 14. A. N. verbürgte in Fernerweise eine formale Durchsicht der Aufsicht des Volksheeres im neugebildeten Gessite.

Die Genehmigungspflicht für Tanzvergütungen. Die Regierung ist, wie wir hören, gegen einen Mißstand vorgegangen, der sich in den letzten Wochen herausgestellt und zu außerordentlich viel Klagen Anlaß gegeben hat. Es sind die immer mehr überhandnehmenden Tanzbelustigungen. So lange die Verantwortung dieser Belustigungen dem Empfang unserer Kräfte geht, die nach den vielen Entbehrungen eines vier Jahre langen Lebens im Soldatenleben begrifflicherweise Verlangen nach Lebensfreude und Vergnügen haben, mögen sie noch länger. Nachdem aber die Vergütungsfrage immer weitere Kreise ergreift, und die Zahl der öffentlichen Belustigungen, namentlich der Tanzbelustigungen an dem einen großen Teil unserer Bevölkerung ernstlichen Anstoß nimmt, einen solchen Umfang angenommen hat, sind die Bezirksämter vom Ministerium des Innern angewiesen worden, die frühesten Bestimmungen über die Genehmigung öffentlicher Tanzbelustigungen wieder mit aller Strenge durchzuführen, und bei der Zulassung solcher die größte Zurückhaltung zu üben, soweit nach den örtlichen Verhältnissen nicht überhaupt ein vollständiges Verbot derselben angezeigt erscheint. Es darf erwartet werden, daß Verordnungen und Befehle zusammenarbeiten, um die große Gefahr, die in der Ausdehnung der Vergnügungsfrage liegt, zu bannen.

Um die Wahrung der badischen Interessen bei der Vertretung des freiwirtschaftlichen Seerespedes nach jeder Möglichkeit zu sichern, hat die bad. Regierung neuerdings in der Person des Gewerkeinspektors Karl Feder einen badischen Bevollmächtigten beim Reichsberufungsamt in Berlin (W.B. 7, Friedrichstr. 100, Hotel Monopol) bestellt.

— Eppingen. Der Bezirksverein Eppingen vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen veranstaltete am Sonntag, 16. Febr., in der Stadt Festsche, Punkt nachm. 3 Uhr beginnend, eine Wohlthatigkeitsveranstaltung zugunsten der Kriegsbeschädigten des Bezirks Eppingen. Diese Veranstaltung verbrieft eine gediegene zu werden. U. a. wirkten mit der Arbeitsgemeinschaft „Eintracht“, der Jüngerklub von Kempfen und verschiedene Solisten. Es wäre nur zu wünschen, wenn der Besuch dieser Veranstaltung von Seiten der Einwohnerchaft ein zahlreicher sein würde.

Eppingen, 12. Febr. Von der alten Kaserne aus gaben mehrere Unteroffizierskader aus ihren Dienstgewehren idare Schüsse auf die elektrische Stromleitung der Albtalbahn ab. Dadurch zerfiel der Draht und der Bahnbetrieb erlitt eine Unterbrechung.

— Achern, 11. Febr. Zu der Leichnamnahme von rund 6000 Liter Branntwein fahrt man den „Bad. Nachrichten“, daß ähnliche große Fänge aus dem Albtal und Umgebung seit Jahren auch auf dem Bahnhof Boiesbrunn oder Freudenstadt hätten gemacht werden können. Wenn der Beobachtungsdienst entsprechend funktionierte würde. Man munkelt schon längst davon, daß a. B. auf der Albtalbahn gar mancher Wagen mit Sägespänen, Kleinfischen und dergleichen beladen zum Versand gekommen ist, in dessen Innern große Fässer mit Branntwein und andere Lebensmittel verborgen waren. Mit weniger große Sendungen gingen nachlässigerweise auch in Lastautos nach auswärts.

Achern, 11. Febr. Zu unserer Mitteilung in der Ausgabe unseres Blattes vom letzten Montag betreffend die Benutzung der Räume des Finanzamts durch die Museums-Gesellschaft wird uns von der „Legegesellschaft Museum“ mitgeteilt, daß die betr. Veranlassung aus besonderen Gründen diesmal nicht, wie sonst üblich, im Nebenraum eines Geschäftes abgehalten wird sondern in den Privaträumen im oberen Stock des Finanzamtsgebäudes, die mit den Diensträumen des Finanzamts in keinerlei Verbindung sind. Es sei nur vermerkt, daß in der Befestigung unserer weiteren Bemerkungen zu der Angelegenheit hinsichtlich Eppingen, 12. Febr. Im befestigten Kanauerland haben die Franzosen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse festgesetzt und zwar wird für ein Fund Butter 1,20 M. und für einen Liter Milch 10 s. bezahlt.

Mannheim, 12. Febr. Wie aus Ludwigshafen berichtet wird, wurden zwei deutsche Staatsangehörige Peter Sakachinski und Johann Bürger, die einen französischen Posten überfallen und mißhandelt hatten, vom französischen Kriegsgericht zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. In Großparau hatten drei jugendliche Brüder einen französischen Lebensmittellager erbrochen und 60 Kilo Speise gestohlen. Einer erhielt 10 Jahre, die beiden anderen je 5 Jahre Zuchthaus.

Konstantz, 13. Febr. Die Zeppelin-Luftschiffwerften planen für den Hochsommer 1919 die Einrichtung eines Luftverkehrs Berlin—Schweiz.

Lagung der Soldatenräte. Am 11. Februar tagte in Durlach eine von den Soldatenräten gut besuchte Versammlung, die sich mit den in letzter Zeit immer häufiger herausgegebenen Erlassen des Kriegsministeriums Berlin und des Generalkommandos befaßte, die darauf hinausgehen, die alten Zustände im Heere wieder einzuführen und das Mitbestimmungsrecht der Soldatenräte völlig auszuwischen. Einstimmig wurde beschlossen, die Regierung auf die Gefahren, die ihr hier drohen, aufmerksam zu machen und dahin zu wirken, daß die berechtigten Forderungen der Soldatenräte gewahrt werden. Die Versammlung ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß dem badischen Volk die Errungenschaften der Revolution wieder aus den Händen genommen werden sollen. Die Verhandlungen haben ergeben, daß die ganzen Soldaten geschlossen hinter ihren Soldatenräten stehen.

\* Erstattung der Güterversteigerung. Das Ministerium für Ernährungswesen hat bestimmt, daß die Versteigerung (für Weizenlieferung) schon dann bezahlt werden, wenn der einzelne Güterversteigerer die zur Versteigerung aufzubereitete Ladungsmenge bis spätestens 31. Juli oder 31. August abgeliefert hat oder mehr wie die Sollmenge abgeliefert. Eine Erhöhung des Versteigerungsspreises (23 Pfg. für das inländische Gütergut guter Beschaffenheit) tritt dadurch nicht ein.

Lehrermittel für neue Verfassung. Der Bezirkslehrerverein Mannheim-Stadt hat in einer zahlreich besuchten Hauptversammlung Stellung zu einigen Punkten des Verfassungsentwurfs genommen und beschloß, nachstehende Anträge dem Vorstand des Lehrervereins zu übermitteln: 1. Zum Besuch der öffentlichen Volksschule sind alle Kinder verpflichtet. 2. Der Kenntnisunterricht ist kein Pflichtfach der Schule. Er ist eine Angelegenheit der Schule. Das stellt der Staat den Religionsgemeinschaften Räume zur Erstellung des selben zur Verfügung. Die Beteiligung der Lehrer an dem Kenntnisunterricht steht in deren freiem Ermessen.

Verkehr mit dem Brückenkopfbereich. Der Güterverkehr nach den in dem Brückenkopfbereich befindlichen Hauptbahnhöfen Lugschurt, Karl und Karl, sowie den Nebenbahnhöfen Rheinbörschen, Dersheim, Comau-Luz, Reutesheim, Aurnheim, Sundheim, Marfen, Goldschauer, Wülfen und Althausen ist vorläufig nur in sehr beschränktem Umfang zugelassen. Näherer Auskunft erteilen die Güterabfertigungen.

„Unabhängige“ Kreisvereine in Mannheim. Aus Mannheim wird berichtet: In der letzten Sitzung des Arbeiterrats in Mannheim stellten die unabh. Sozialdemokraten den Antrag zur Gründung einer freiwilligen Kreisvereine. Dieser Beschl. sollte zunächst 400 Vertrauensleute der Gewerkschaften angehören und später sei sie auf 4000 Mann zu erhöhen. Von Rednern der Kreisvereine wurde dem Antrag widersprochen, wobei es aus den Reihen der Zuhörer zu heftigen Zwischenrufen kam, die sich steigerten, als ein Kreisvereine erklärt, seine Partei bestehe auf dem Standpunkt, daß wirtschaftliche und politische Kämpfe nur auf legalen Wege ausgefochten werden sollten. Schließlich wurde unter großer Unruhe die Sitzung verlag.

### Soziale Rundschau.

Die Beamtenvereine. Eine stark besuchte Beamtenvertreterversammlung des Bayerischen Beamten- und Lehrerbundes beschloß einstimmig, sich als Gewerkschaft zu erklären. Als solche wird der Bund grundsätzlich das Recht der Beamten vertreten, die Fortsetzung ihrer Dienstleistungen zu verweigern. Er wird aber von diesem Recht nur in der Form des Ordnungstreitfalls oder Erstreitfalls Gebrauch machen, wenn das zur Erhaltung der Ordnung im Staat oder zur Sicherung lebenswichtiger Angelegenheiten der Beamtenchaft notwendig ist.

Protest der Buchdruckervereine gegen das Tarifamt. Zum Protest gegen die neuen vom Tarifamt bestimmten Lohnverordnungen der Buchdruckervereine fand dieser Tage in Karlsruhe eine aus allen Teilen des Landes besetzte Versammlung der Buchdruckervereine Baden statt, in der einem Fortschritt zur Gründung einer engen Interessengemeinschaft der badischen Buchdruckervereine beschlossen wurde. In einer Resolution beschloß die Buchdruckervereine gegen die Maßnahmen des Berliner Tarifamts vorzugehen und sprechen von der Möglichkeit der Gründung einer süddeutschen Tarifgemeinschaft.



werthvolle Gelegenheit zur Beschäftigung Erwerbsloser geschaffen würde.

Landwirtschaftliches Gelände betreffend. Zwecks Erfassung aller Möglichkeiten zum Hervordringen landwirtschaftlicher Erzeugnisse hat der Stadtrat u. a. auch ins Auge gefaßt, den östlichen Erwerbsplatz im Hardwald, der künftig für militärische Zwecke nach seiner Ansicht nicht mehr in ganzem Umfange benötigt werden wird, landwirtschaftlich auszunutzen.

Gartenstadt Grünwinkel. Unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Bürgerausschusses stimmt der Stadtrat der Beteiligung der Stadtgemeinde Karlsruhe an der neu gegründeten Gartenstadt Grünwinkel e. G. m. b. H. durch Uebernahme von Geschäftsanteilen bis zum Höchstbetrage von 40 000 Mk. und der Uebertragung von städtischem Gelände bei Grünwinkel an die Gesellschaft im Erbbaurecht zu.

Gartenstadt Karlsruhe. Die Gartenstadt Karlsruhe e. G. m. b. H. beabsichtigt, wieder eine größere Anzahl Einfamilienhäuser bei Müppur zu erbauen. Auf deren Ansuchen beschloß der Stadtrat unter Vorbehalt der Zustimmung des Bürgerausschusses, das Vorhaben durch Uebernahme von weiteren Geschäftsanteilen im Gesamtbetrage von 20 000 Mark auf die Stadtgemeinde zu unterstützen.

Freie Jugend (Arbeiter-Jugend). Heute abend findet im Lokal, Städtisches Jugendheim, ein Diskussionsabend statt. Jugendgenossen Westensfelder wird einen einleitenden Vortrag halten.

Lebensliche Versammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer. Letzten Samstag fand in den „Drei Linden“ (Wühlburg) eine öffentliche Versammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer statt, in der Herr Ingenieur Kiefer über die Bedeutung der Organisation für die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer sprach. Die Versammlung nahm einen würdigen Verlauf. Neben den interessanten Ausführungen des Referenten über die Wünsche und Forderungen der Kriegsbeschädigten wurden aus dem Kreise der Kriegsteilnehmer auch deren Forderungen dargelegt. Der Redner wie auch die Aussprache zeigten, wieviel Leiden und Sorgen die Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer jetzt schon zu ertragen haben und wie notwendig es ist, daß für die Selbsthilfe, Schaffung einer Organisation dringlich. Neben so vielen beachtenswerten Forderungen auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge tritt der Bund für eine bessere Koststoffbeschaffung und -Verorgung ein. Ferner wird vor allem auch eine anständige Bekleidung der Kriegsbeschädigten erwünscht. Das von diesen Beamten von Staat und Stadt den Kriegsvätern dargebrachte Entgegenkommen mißte noch ein anderes werden, es könne nicht befriedigen, daß das oft verbrochene Verbot keine Taten zeitigt. Beglückt wurde die Berufung eines Vertreters der Kriegsbeschädigten in das Verwaltungsamt. Nicht besonders dankenswerth für den betreffenden waren die aus dem Kreise der Versammlung vorgebrachten Klagen über den die Kriegsbeschädigten untersuchenden Arzt

Dr. Bukoffzer, der sich schon einen „besonderen“ Namen bei den Kriegsbeschädigten erworben habe. Es war erregend, von den Männern, die ihre Gesundheit für das Vaterland geopfert haben, diese Klagen zu hören. Es ist den Kriegsbeschädigten deshalb nur zu wünschen, daß es ihnen gelingen möge, in ihren Kreisen das Verständnis für den Kriegsbeschädigten- und Kriegsteilnehmerstand zu wecken. Staat und Gemeinden wie die Presse muß es aber als Dankeschuld ersehen, die Sache der Opfer des Weltkrieges zu unterstützen.

Bereitschaftung. Der nächste Vortrag von Prof. Dr. Baucke über die Entwicklungsvorgänge in der Natur findet am Freitag den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr in der Technischen Hochschule statt (erst um 8 Uhr, wie wir in der gestrigen Nummer berichtet haben), ebenso beginnt der Diskussionsabend am Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr.

Postzulagen betreffend schreibt man uns: Etwa Mitte Januar ds. J. wurde den Beamten und Unterbeamten der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung mitgeteilt, daß sie Betriebszulagen erhalten sollen, und zwar sollen dieselben nach dem Stundenlohn eines gelernten Arbeiters berechnet werden. Bis zum heutigen Tage (11. Februar) haben wir davon noch nichts gesehen. Sollte das etwa darauf zurückzuführen sein, daß man die höheren Beamten von dieser Zulage ausgeschlossen hat? Denn wenn diese Herren die Zulage zu bekommen hätten, dann wäre dieselbe sicher schon längst ausbezahlt. Die Angelegenheit liegt bereits seit vier Wochen bei der Oberpostdirektion. — Ein zweiter Fall betrifft die Gewährung von Nachdienstzulagen. Es werden seit 1. Januar pro Stunde von 10 Uhr abends bis 6 Uhr nachmittags 50 Pfg. vergütet. Auch davon haben wir noch nichts gesehen. Wir brauchen doch in dieser Zeit das Geld auch so notwendig wie nur etwas.

De Kindererziehung im deutschen Mittelalter und deren Einfluß auf das Lebensalter der Bevölkerung. Im Naturwissenschaftlichen Verein hier hielt am letzten Freitag Herr Professor Dr. Otto Koller einen überaus interessanten Vortrag: „Die Kindererziehung im deutschen Mittelalter und deren Einfluß auf das Lebensalter der Bevölkerung“. Die auf dem einseitigsten historischen Material aufgebauten Ausführungen des Redners legten Zeugnis ab von der fast ungläublichen Verbreitung der Kindererziehung im Mittelalter, die aus trübseligen Detritalen und weltlichen Götzen und vielen anderen Quellen ganz deutlich hervorgeht. Man denke, daß eben von Kindern im Alter von 12-16 Jahren durchaus nicht zu den Tölpeln gehörten. Der Redner erinnerte neben vielen anderen auch an das jugendliche Alter, in dem in unseren Wäldern aus dem Mittelalter oft Ehen eingegangen werden. In einer Völkergeschichte des Mittelalters würden die Ausführungen einen bedeutenden Anteil bilden und es wäre dem Redner wie immerzeit Herrn Paschen nur ein noch größeres Auditorium zu wünschen gewesen.

Konzerthaus. Frau Kammermanglerin Bauer-Kottlar, welche seit längerer Zeit durch die Verkehrsbeschwerden zwischen Frankfurt a. M. und Karlsruhe an regelmäßigen Gastspielen hier verhindert war, kann am Sonntag, 16. Februar, wieder ein Auftreten hier ermöglichen. Es wird deshalb an diesem Tage „Figaros Hochzeit“ statt „Carmen“ aufgeführt.

Unfall mit Todesfolge. Am Samstag zog sich der Heizer Otto Landwäger aus Forstheim in einer Fabrik in Grünwinkel beim Reinigen eines Kessels schwere Brandwunden an den Armen, Füßen und Unterleib zu und mußte in das städt. Krankenhaus verbracht werden, wo er gestern früh starb.

Ein erschlagener. Beim Einladen von Viechen am 1. Februar am Hauptbahnhof hier entsprang abends gegen 7 Uhr ein schwarzbrauner Wallach, beglückt Schen, gut genährt, im Werte von 400 Mk. Das Pferd wurde vermuthlich eingefangen und unter-

klagen. Der Eigentümer hat für die Beibringung des Pferdes eine Leohnung von 500 Mk. ausgesetzt. Wegen Scheidhandels gelangte ein Kaufmann aus Pflaumgen zur Anzeige, welcher in einem hiesigen Geschäft einen größeren Resten Zeitungen abzugeben verweigert.

### Letzte Nachrichten.

Die Lage im Osten.

Berlin, 12. Febr. Um weiterer Ausbreitung der Spitze abzubringen, sind aus Kurland als Gefangenengefangene in die Festung Graudenz eingeliefert worden: Wikar Wozja, der Arzt Kikowak und 5 weitere Polen. Kikowak ist inzwischen gegen eine Kaution von 100 000 Mark auf freien Fuß gesetzt worden. Ferner sind 8 Personen, darunter zwei Beamte, als Geiseln nach Graudenz gebracht worden.

### Briefkasten der Redaktion.

Durlach 101. Wenn Sie die Bekanntmachungen im „Volkstfreund“ verfolgen, werden Sie erfahren, wie es sich mit den Entlassungsangelegenheiten verhält. Vielleicht gibt Ihnen die gestrige Bekanntmachung in unserem Blatte die gewünschte Aufklärung.

Eine Postkarte kam gestern Morgen bei uns an, auf der der Absender nur unsere Adresse mitgeteilt hatte. Da wir nun nicht mit übernatürlichen Sinnen, Gedankenlesen usw. behaftet sind, möchten wir den freundlichen Schreiber bitten, nochmals das Porto zu riskieren und uns seine Wünsche mitzuteilen.

H. G. Wenn Sie nach dem 15. November von Ihrem Trosspente weggekommen sind, haben Sie Anspruch auf Entlassungs- und Marschgeld. Wenden Sie sich zunächst an Ihren alten Trosspenteil.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Arthur Vogel von Muggensturm, Fabrikant hier, mit Klara Gutmann von hier. Karl Kistner von Forstheim, Fabrikarbeiter hier, mit Karoline Born von Hochheim. Todesfälle. Otilie Kellermann alt 86 J., Ehefrau von Emil Kellermann, Tagelöhner. Emma Baggio alt 25 J., Ehefrau von Viktor Baggio, Tagelöhner. Maria Grome, alt 58 J., Witwe von Phil. Grome, Kaufmann. Maria Dufschle, barmh. Schwester, alt 88 J.

### Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten. Johann Friedrich W. Johann August, Maschinist. Hans Joachim W. Hans Andreas Oskar Werner, Rittmeister. Gustav Otto W. Gustav Jakob Steeger, Fleischer und Installateur. Maria Frida W. Friedrich Wilhelm Christof Kleiber, Schlosser. Sterbefälle. Friedrich Karol, Gärtner, ledig, Landsturmann, 27 J. alt. Marie Hellner geb. Herrmann, Ehefrau des Schlossers Leopold Hellner, 51 J. alt. Rosaline Schindel geb. Koppeler, Ehefrau des Schmieds Friedrich Schindel in Aue, 88 J. alt.

### Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 8,8 Meter, gef. 2 Zim.; Reich 1,86 Meter, gef. 4 Zim.; Rastatt 3,30 Meter, gef. 2 Zim.; Mannheim 2,45 Meter, gefallen 3 Zentimeter.

Berantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Beuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

### Erwerbt das badische Staatsbürgerrecht

## Saubere Putzfrau

für vormittags sofort gesucht. 1157  
Hirschstraße 38, 2. Stock.

### Angebotsverfahren.

Frau Baronin Alexander von Forster, Ober-entwands- und Amt geb. von Weste hier hat den Antrag gestellt, ihr obhanden gekommenes Sparbuch Lit U Nr. 2880 mit einer Einlage von 998 Mk. 26 Pfg. für kraftlos zu erklären.

Der Inhaber des genannten Buches wird hiermit aufgefordert, solches binnen eines Monats bei der unterzeichneten Stelle vorzulegen und seine Anträge geltend zu machen, widrigenfalls die Kraftloserklärung des Buches erfolgen wird. 1155  
Karlsruhe, den 11. Febr. 1919.  
Städtisches Sparkassenamt.

### Unabh. Soziald. Partei Bruchsal.

Donnerstag, 13. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthaus zur „Blume“, Re-enzimmer  
Mitglieder-Versammlung.  
Partei-Freunde sind eingeladen.

### Beginn täglich

- Schönschrift (für jede Hand)
- Rechtschreibung (fehlerreines Schreiben)
- Stenographie (Stolze-Schren) 1089  
Honorar: Mk. 15.—

F. Buck's  
Spezial-Unterricht  
Karlsruhe, Reisingstraße 78.

Feines Mahagoni-  
Salon-Zimmer  
(wie neu) zu verkaufen. 1110  
C. Rauch, Rastatt,  
Kaiserstraße 49, (Laden).

Eisenbahnertaschen  
in allen Größen zu haben in  
Feintraubs  
An- u. Verkaufsgeschäft  
Kronenstraße 52.

Taschenuhren  
auch reparaturbedürftig, lauffähig  
An- u. Verkaufsgeschäft  
Markgrafenstraße 22.

Große, trüchtige  
Hajen  
Belg., deutsche und japan. sowie  
schöne Kaninchen billig zu verkaufen.  
Luisenstraße 6. (Rastatt)  
Wurgtalstraße 5. 1146

Eine große, eiserne  
Beistelle  
billig zu verkaufen. Schilling-  
straße 10 III, rechts. 1147

Alle  
Druck-Arbeiten  
liefert rasch  
und billig  
Druckerei Volkstreuend  
Luisenstraße 24  
Teleph. 128.

Garantiert echte  
**Besen und  
Büchbürsten**  
sowie alle Arten Bahn-,  
Nagel-, Kohle- u. Kleider-  
bürsten im  
Spezialhaus  
**Herm. Ries**  
Ecke Friedrichsplatz.

**Pfannkuch & Co**  
Neues  
**Sauerkraut**  
Ffund 33 Pfg.  
bei 5 32 Pfg.  
bei 10 30 Pfg.  
eingemachte

**rote Rüben**  
(rote Beete)  
Ffund 50 Pfg.

**Salzgurken  
Essiggurken**  
empfehlen 774

**Pfannkuch & Co**  
S. M.  
Luisenstraße 24  
Karlsruhe



**So  
kommst's zu  
Deutschlands  
Untergang,  
wenn der rollende  
Stein nicht aufge-  
halten werden kann!**

# Zigeunerleidenschaft

## Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Am Freitag, den 14. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstraße 13, eine

## Versammlung der Gießereiarbeiter

statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu der Former-Konferenz in Schweinfurt und Wahl eines Delegierten dazu.

Die Gießereiarbeiter von Karlsruhe, Durlach und Ettlingen werden aufgefordert, vollständig in der Versammlung zu erscheinen. 1133 Die Ortsverwaltung.

## Freie Turnerschaft Raftatt.

Freitag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal zum Klappen uniere

## General-Versammlung

statt. Mitglieder sowie Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen. 1141 Der Vorstand.

## Gesang-Verein Bruderbund Karlsruhe-Mühlburg.

Sonntag, den 16. Februar, im „Württembergischer Hof“, Abhandlung, zu Ehren der gefallenen und vom Felde zurückgekehrten Mitglieder

## Begrüßungs- und Familien-Feier

Anfang nachmittags präzis 4 Uhr. In zahlreichem Erscheinen laet ein 1140 Der Vorstand.

## Verein Volksbildung (G. V.) Karlsruhe

Der nächste Vortrag des Herrn Prof. Baulke über: „Die Entwicklungsvorgänge in der Natur“ findet Freitag, den 14. Februar, der 4. Vortrag Dienstag, den 18. Februar, der 5. Vortrag Dienstag, den 25. Februar, jeweils abends um 7/8 Uhr statt.

Der erste Vortragsabend findet Donnerstag, den 20. Febr., abends 7/8 Uhr, im geologischen Auditorium der Techn. Hochschule statt. Die Einzeichnungsliste zu letzterem liegt sowohl in der Geschäftsstelle als auch bei den nächsten bei den Vorträgen auf. Die Teilnehmer werden gebeten, even l. f. gegen schriftlich in der Geschäftsstelle abzugeben, oder in den bei den Vorträgen aufliegenden Karten zu werfen. 1138 Geschäftsstelle des Vereins Volksbildung Akademiestraße 67.

## Elsaß-Lothringer!

Alle in der Stadt und im Amtsbezirk Karlsruhe befindlichen Elsaß-Lothringer, die im Laufe des Krieges aus der Kampfzone nach Baden geschickt sind oder evakuiert wurden, werden hierdurch aufgefordert, sich bis spätestens Freitag, den 14. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr auf dem Bezirksamt Karlsruhe — Bezirksamtgebäude Marktplatz Zimmer Nr. 3 — persönlich zu melden zwecks Abgabe einer Erklärung, ob sie nach Elsaß-Lothringen zurückkehren wünschen oder nicht. Zu melden haben sich nochmals auch diejenigen Elsaß-Lothringer, die sich auf unsere letzte Bekanntmachung hin bereits schon gemeldet und eine Erklärung in obenerwähntem Sinne abgegeben haben. Ausweis-papiere sind mitzubringen. Karlsruhe, den 12. Februar 1919.

Bezirksamt. — Polizeidirektion. 1150

## Gelbrüben

Wird bieten zu Beispielen wegen Kartoffelausfalls täglich auf den Wochenmärkten, Sauerkraut und saure Rüben in den städtischen Verkaufsstellen marktfrei an Karlsruhe, den 10. Februar 1919. 1158 Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

## Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 13. Februar 1919. 1158 Vorstellung des Bad. Landestheaters. Donnerstagsmiete Nr. 21.

## Fidelio.

Oper in zwei Akten von Treitschke. Musik von Ludwig van Beethoven. Anfang 7/8 Uhr. Ende gegen 1/10 Uhr.

**Gesucht**  
sofort für hier und auswärts gutempfohlene Köchinnen, Beiköchinnen, Zimmer- und Hausmädchen, Küchenmädchen, sowie Buffetfräuleins.  
Zeugnisse und Photos an: 1154  
**Stadt. Arbeitsamt, Karlsruhe**  
Fachabtlg. für das Hotel- und Wirtschafts-Gewerbe  
Zähringerstr. 98 (Erdgeschoss). Fernspr. 4961.

Ich prakticiere hier als 1144

## Facharzt für Lungenkrankheiten. Dr. med. Walter Scholz.

Früher langjähriger Assistenzarzt im Sanatorium Wehrwald und in Davos, während des Krieges Facharzt für Lungenkrankheiten am Beobachtungsazarett.

Karlsruhe.

Sprechstunden: Westendstr. 54, Tel. 833  
Wochentags vormittags 11-12  
Nachm. jederzeit nach teleph. Vereinbarung.  
Privatwohnung: Wendtstr. 7 part., Tel. 2282.

**Daniels Konfektionshaus**  
Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe — Telephon 1846.  
Winter-, Rips- u. Seiden-Mäntel  
Jackenkleider, Röcke, Blusen,  
Seiden- und Voile-Kleider :::  
Konfirmanden- u. Kinderkleider.  
Billige Preise Keine Ladenspesen.

Die Besitzer der bei Kriegsbeginn der Transportmittelabteilung des Roten Kreuzes in hochherziger Weise zur Verfügung gestellten

## Fahrräder

werden, soweit sie ihre Räder dem Roten Kreuz noch nicht geschenkt-weise überlassen haben, hierdurch aufgefordert, bis zum 1. März dieses Jahres ihre Ansprüche auf Rücklieferung der Räder gegen Aufschadenersatz bei der Depotabteilung des Roten Kreuzes (Stefanienstraße 76 im Hof links) geltend zu machen.

Soweit dies bis zu dem genannten Termin nicht geschieht, wird angenommen, daß die Besitzer auf Rücklieferung der durch den mehrjährigen Gebrauch stark abgenutzten Räder, sowie auf Entschädigung verzichten.

Allen denen, die durch Ueberlassung ihrer Fahrräder an das Rote Kreuz zum schnellen und bequemen Transport Tausender von Verwandten mitgewirkt haben, sei hierdurch nochmals warmstens gedankt. 1078

Die Transportmittel-Abteilung des Roten Kreuzes.

## Aufruf!

Die an dieser Stelle vor kurzem angekündigte Versammlung der Angehörigen Kriegs- und Zivilgefangener im Bezirk Karlsruhe findet nunmehr

## Sonntag den 16. Februar, nachmittags 2 Uhr im großen Festhallsaal

statt. Wir bitten alle Angehörigen Gefangener und alle sonstigen Interessenten um Teilnahme an dieser Versammlung. Diejenigen Versammlungsbesucher, die dem Bad. Landesverein oder dessen Gefangenensfürsorge-Abteilung, Kronenstraße 24, ihre Adressen bisher nicht angegeben haben, werden gebeten, sich in eine von morgens 10 Uhr an am Eingang des Festhallsaales anliegende Liste einzuschreiben.

## Badischer Landesverein vom Roten Kreuz, Gefangenensfürsorge für den Bezirk Karlsruhe:

Der Vorsitzende der Depot-Abteilung: Dr. Stroebe.  
Geschäftsstelle Nationaler Frauendienst: Frau A. Elsaß.  
Für den Volksbund zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangener: Rechtsanwalt Geier. 1112

**Beste Ausland-Feifeife**  
verkauft J. Hüfner, Essenweinstraße 18. 1148

## Möbel-Schreiner

und Bildhauer  
finden Beschäftigung bei  
**Gebr. Himmelheber, Möbel-Fabrik,**  
Ariakstraße 25. 1148

## Lüchtiger Maschinen-Arbeiter

für Fräse (gelernter Schreiner oder Glaser) gesucht.  
**Gebr. Himmelheber, Möbel-Fabrik,**  
Ariakstraße 25. 1149

# Zigeunerleidenschaft

## Verordnung.

(Vom 22. Januar 1919.)

### Die Arbeitsvermittlung betreffend.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1292) und der mir vom Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung erteilten Ermächtigung verordne ich, was folgt:

§ 1.  
Die Vermittlung offener Stellen für männliche und weibliche Arbeitskräfte aller Art (Angestellte, gewerbliche, landwirtschaftliche, häusliche Arbeiter, Diensthofen) ist nur den öffentlichen und denjenigen bestehenden, nicht öffentlichen Arbeitsnachweisen gestattet, welche nicht gewerbemäßig betrieben werden und sich den Bestimmungen unterwerfen, die für ihren Betrieb vom Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung oder der von ihm beauftragten Stelle erlassen werden.

§ 2.  
Die Arbeitgeber haben alle offenen Stellen jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nach § 1 zuständigen Arbeitsnachweis anzumelden; die Meldepflicht besteht auch dann, wenn der Arbeitgeber eine Behörde ist.

§ 3.  
Die Arbeitgeber, welche Arbeitskräfte entlassen wollen, haben eine Kündigungsfrist von mindestens zwei Wochen einzuhalten, sofern nicht eine längere Kündigungsfrist gesetzlich vorgeschrieben oder vereinbart ist. Gleichzeitig mit der Kündigung ist dem zu Entlassenden der nächstgelegene, für ihn nach § 1 zuständige Arbeitsnachweis vom Arbeitgeber ausdrücklich bekannt zu geben. Absatz 1 Satz 1 findet keine Anwendung:

- a) auf Beschäftigungsverhältnissen, die ihrer Natur nach vorübergehend sind,
- b) auf Fälle, in denen die Auflösung eines Beschäftigungsverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gesetzlich zulässig ist; dabei gilt jedoch Mangel an Betriebs- oder Beschäftigungsmitteln nicht als wichtiger Grund zu vorzeitiger Auflösung.

§ 4.  
Ist ein Arbeitgeber gezwungen, Arbeitskräfte mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Betriebes, insbesondere wegen Mangels an Betriebs- oder Beschäftigungsmitteln, zu entlassen, so hat er die Zahl der zu entlassenden Arbeitskräfte dem Ausspruch der Kündigung demnach § 1 zuständigen Arbeitsnachweis anzugeben; handelt es sich um die Entlassung von mehr als fünfzig Arbeitskräften, so ist außerdem gleichzeitig dem Landeswirtschaftsamt (Karlsruhe, Kronenstraße 40) und der Landesstelle für Arbeitsvermittlung (Karlsruhe, Zähringerstraße 100) Anzeige zu erstatten. Die Vorschriften der §§ 6 und 8 meiner Verordnung vom 15. Januar 1919, die Erspahrung von Holz- und Beleuchtungsmitteln betreffend (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 21) bleiben unberührt.

§ 5.  
Wer den Vorschriften dieser Verordnung vorsätzlich zuwider handelt, wird mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark bestraft. (§ 6 der Verordnung des Bundesrats vom 7. Nov. 1918.)

§ 6.  
Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 22. Januar 1919  
Der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung,  
Marckloff.

## Bekanntmachung.

Zur Regelung des Arbeitsnachweises während der Uebergangszeit zur Friedenswirtschaft wird im Hinblick auf die Verordnung des Staatskommissars für die wirtschaftliche Demobilisierung, betreffend die Arbeitsvermittlung vom 22. Januar 1919 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 6, S. 26) bekannt gegeben:

1.  
Die Leitung des gesamten Arbeitsnachweises in Baden liegt bei dem, dem Ministerium für Uebergangswirtschaft und Wohnungswesen angegliederten Landeswirtschaftsamt in Karlsruhe, Kronenstraße 40.

2.  
Die städtische Arbeitsausführung liegt bei der Landesstelle für Arbeitsvermittlung in Karlsruhe, Zähringerstraße 100.

3.  
Die unmittelbare Arbeitsvermittlung leisten die nach § 1 der obengenannten Verordnung zugelassenen Arbeitsnachweise.

4.  
Die Arbeitsvermittlung erstreckt sich auf alle Berufe für männliche und weibliche Personen.

5.  
Alle Arbeitsuchenden richten ihre Gesuche an den nächstgelegenen, nach § 1 der obengenannten Verordnung in Betracht kommenden Arbeitsnachweis; sie können sich aber auch bei einem beliebigen anderen, nach § 1 der Verordnung zugelassenen Arbeitsnachweis melden. Die Gesuche sind grundsätzlich nur bei einem Arbeitsnachweis einzureichen.

6.  
Die Arbeitgeber melden offene Stellen bei dem nächstgelegenen nach § 1 der obengenannten Verordnung in Betracht kommenden Arbeitsnachweis. Die Arbeitgeber melden ihren Bedarf grundsätzlich nur bei einem Arbeitsnachweis an.

7.  
Die mit der Arbeitsvermittlung besetzten Stellen haben dem Landeswirtschaftsamt oder dessen Beauftragten auf Verlangen die erforderliche Auskunft über die den Arbeitsnachweis betreffenden Fragen zu erteilen.

Karlsruhe, den 22. Januar 1919.  
Ministerium für Uebergangswirtschaft und Wohnungswesen.  
Ministerium für soziale Fürsorge.  
Der Minister:  
Marckloff.

Vorliegende Verordnung und Bekanntmachung bringen wir zur öffentlichen Kenntnis. 1151

Karlsruhe, den 31. Januar 1919.  
Bezirksamt. — Polizeidirektion.

**Dauer-Wäsche, Stolzenberg**  
Kragen, Manschetten, Serviteurs  
von langer Tragdauer und grosser Reinigungsfähigkeit.  
Umwandlung von Leinen und B'wollwäsche zu Stolzenberg-Dauer-Wäsche.  
Billigst bei 1152  
Vertreter G. Nagel, Umlandstr. 2 III.